

Europa nach den Präsidentschaftswahlen in Frankreich – neue Herausforderung für den europäischen Fiskalpakt?

Diana Ognyanova

Europapolitische Forderungen Hollandes

Hollande akzeptiert zwar die Ausrichtung des Fiskalpaktes auf Budgetdisziplin, will die EU-Defizitvorgaben für kommendes Jahr (3,0 % des BIP) einhalten und strebt einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2017 an. Er lehnt aber die Ratifizierung des Fiskalpaktes ohne Ergänzung um Wachstumsmaßnahmen und eine in der Verfassung verankerte Schuldenbremse ab.

- Neuverhandlung und die Ergänzung des Fiskalpaktes um Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung
- Aufstockung der Mittel der EIB
- verstärkte Rolle der EZB durch direkte Finanzierung von Krisenstaaten (Kreditgeber letzter Instanz) und Senkung der Leitzinsen
- Schaffung von EU-Projektanleihen
- Schaffung von Eurobonds
- Finanztransaktionssteuer
- Mobilisierung der „ungenutzten Restsummen aus den europäischen Strukturfonds“.
- Europäische Rating-Agentur
- Banklizenz für das Rettungsschirm ESM

Wirtschaftliche Lage in Frankreich

	2009	2010	2011	2012*	2013*
BIP (%)	-2,7	1,5	1,7	0,5	1,3
Inflationsrate (%)	0,1	1,7	2,3	2,1	1,9
Arbeitslosigkeit (%)	9,5	9,8	9,7	10,2	10,3
Haushaltssaldo (% BIP)	-7,5	-7,1	-5,2	-4,5	-4,2
Schuldenstand (% BIP)	79,2	82,3	85,8	90,5	92,5
Ranking (Standard & Poor's)			AA+		

Quelle: EU-Frühjahrsprognose 2012, *Prognose

- schleppendes Wirtschaftswachstum
- steigende Staatsverschuldung
- sinkende Wettbewerbsfähigkeit
- steigende Arbeitslosigkeit
- das zweithöchste Außenhandelsdefizit in der EU
- FRA-Banken halten rund 40 Milliarden € GRC- sowie etwa 302 Milliarden € ITA-Staatsanleihen.

Europäischer Fiskalpakt (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion)

Am 2. März 2012 wurde der Europäische Fiskalpakt, (Obergrenzen für die Staatsschulden, einschließlich automatischer Sanktionen) von allen EU-Staaten außer dem Vereinigten Königreich und Tschechien unterzeichnet.

Der Europäische Gerichtshof und die EU-Kommission sollen sicherstellen, dass die Länder ihren Verpflichtungen nachkommen.

Einige EU-Mitgliedstaaten (Portugal, Griechenland, Slowenien) haben den Fiskalpakt schon ratifiziert; Irland führt am 31. Mai 2012 Referendum dazu durch.

Wachstumsmaßnahmen

- **AUFSTOCKUNG DES EIB-EIGENKAPITALS** um 10 Mrd. Euro – für große Infrastrukturprojekte in den EU-Mitgliedstaaten, die mit Krediten zu attraktiven Zinsen mitfinanziert werden. Laut Einschätzung des EIB-Präsidenten könne mit einer Aufstockung des EIB- Eigenkapitals um € 10 Mrd. Euro soviel privates Geld aktiviert werden, dass Infrastrukturprojekte von bis zu 60 Milliarden, je nach Risikostruktur der Kredite sogar von 80 Mrd. Euro angestoßen werden
- **EU- PROJEKTANLEIHEN:** Damit sollen Milliarden-Vorhaben wie Brücken, Stromleitungen oder Bahntrassen schneller finanziert werden. Bei den Projektanleihen geben private Unternehmen Anleihen zur Finanzierung von Großprojekten aus. Die EU-Kommission will gemeinsam mit der EIB einen Teil des Risikos durch Garantien und Kredite übernehmen.
- **EU-FÖRDERGELDER:** Den EU-Staaten soll erlaubt werden, Geld aus den Brüsseler Strukturfonds als Sicherheit für Darlehen der EIB zu nutzen. Dies würde jenen Staaten, die an den Märkten schlecht Kredite bekämen, Zugang zu EIB-Geld verschaffen. Zudem sollen Krisenländer Gelder, die im EU-Haushalt für die Regionalpolitik vorgesehen sind, besser ausschöpfen können. Bewilligte Summen sollen schneller ausgezahlt werden. Für Griechenland ist dies bereits der Fall, auch für Spanien hat die EU-Kommission dies nun vereinbart.
- **EUROBONDS:** Mit diesen gemeinsamen Anleihen könnten die Eurostaaten Geld an den Finanzmärkten aufnehmen. Die Idee ist seit langem umstritten - der neue französische Staatspräsident François Hollande hat das heikle Thema wieder aufgebracht und wird von Italien unterstützt.
- **FINANZTRANSAKTIONSSTEUER:** Diese Abgabe würde sämtliche Geschäfte und Produkte auf den Finanzmärkten betreffen - von Aktien über Devisen und Anleihen bis hin zu hochriskanten Papieren. Deutschland und Frankreich gehören zu den Befürwortern.
- **EU-PATENT:** Ein einheitliches EU-Patent, das die Unternehmen entlasten würde. Nach Schätzungen kostet ein Patent in der EU zehnmal mehr als in den USA. Davon verspricht man sich ein schnelleres Zusammenwachsen des Binnenmarktes.